



# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

## SPD-Ratsfraktion Lüdenscheid

---

Lüdenscheid, 9. März 2026

Stadt Lüdenscheid  
Bürgermeister Wagemeyer  
Rathausplatz 2

**58507 Lüdenscheid**

### **Sitzung des Ausschusses für Soziales, Senioren und Demographie am 10.03.2026**

#### **hier: Tagesordnungspunkt 6 „Unterbringung und Versorgung von Obdachlosen in Lüdenscheid“ Antrag der SPD-Fraktion**

Sehr geehrte Ausschussvorsitzende Skorupa, Liebe Heide-Marie,

unter o.g. Tagesordnungspunkt bitten wir folgenden Antrag zur Abstimmung zu stellen.

1. Die Verwaltung wird beauftragt, umfassend darzustellen, welche Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge und Obdachlose in Lüdenscheid bestehen und wie die Belegungssituation ist.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, umfassend darzustellen, wie ihre organisatorische Aufstellung für die Bereiche Flüchtlinge, Obdach- und Wohnungslose ist.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, ihre Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden und anderen freien Trägern sowie Ehrenamtlichen in Bereichen Flüchtlinge, Obdach- und Wohnungslose darzustellen. Diese sollen zusammen mit den Akteuren evaluiert werden und Optimierungsbedarfe identifiziert werden. Etwaige Kosten für eine Weiterentwicklung der Obdachlosenhilfe zunächst zu evaluieren und dem Ausschuss in einer Folgevorlage darzulegen, bevor über weitere Schritte entschieden wird
4. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Evaluation insbesondere zu prüfen, ob die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Obdachlose in Lüdenscheid möglich ist. Diese Anlaufstelle soll als niedrighschwelliges Angebot einfache Schlafmöglichkeiten und sanitäre Grundversorgung (Toiletten, Waschgelegenheiten) bereitstellen. Ziel ist es, Obdachlosen – besonders in der kalten Jahreszeit – einen geschützten Ort zu bieten, an dem sie sich aufhalten, aufwärmen und grundlegende hygienische Bedürfnisse decken können. Die Prüfung soll darauf abzielen, ob eine solche Lösung ohne zusätzliche Personalkosten realisierbar ist, z.B. durch die Nutzung bestehender Räumlichkeiten (wie leerstehender städtischer Gebäude oder in Kooperation mit sozialen Trägern) oder durch die Umwidmung bereits vorhandener Ressourcen. Die Ergebnisse dieser Prüfung sind in die Handlungsempfehlungen aufzunehmen und dem Ausschuss vorzulegen. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, darzustellen, wie ihre konzeptionellen Überlegungen für Flüchtlinge, Obdach- und Wohnungslose sind.

Begründung:

erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen



Manuel Bunge-Altenberg  
(Stellv. Fraktionsvorsitzender)

gez. Sara Franke  
(Ratsfrau)